



Gemeinsame Pressemitteilung der Gruppe Nosc Cunfin, Lia per Natura y Usanzas, Lia da Mont Alpenverein Südtirol, Heimatpflegeverband Südtirol, Club Alpino Italiano, Vereinigung Südtiroler Biologen, Mountain Wilderness und das Bündnis Climate Action Südtirol

## Treffen mit Landesrätin Hochgruber Kuenzer: **„Cunfinböden und Langkofelgruppe müssen endlich unter Schutz gestellt werden“**

**Gestern haben sich Vertreter der Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen und auch einzelne Repräsentanten der Wirtschaft aus den betroffenen Gebieten mit Landesrätin Maria Hochgruber Kuenzer zu einem Austausch zu den Cunfinböden getroffen. Dabei haben sie ihren Appell erneuert: „Die Langkofelgruppe mit den Cunfinböden muss endlich unter Schutz gestellt werden.“**

Die Langkofelgruppe liegt zwischen Sellaronda und Seiser Alm inmitten eines der touristisch und vor allem skitechnisch höchst erschlossenen Gebiete Südtirols. Die Langkofelgruppe selbst mit den Cunfinböden stellt eine erholsame Ausnahme dar. Hier entspringen die Quellen für die Ortschaften St. Ulrich, Überwasser und Runggaditsch; das landschaftlich abwechslungsreiche Gebiet ist reich an Biodiversität und ein ökologisch wichtiger und seltener Rückzugsort für Flora und Fauna. Es finden zahlreiche auch stark gefährdete Vogelarten einen Brutplatz, die umliegenden Wälder sind Ruhezone für Natur und Mensch.

### **Seit über 40 Jahren unter Erschließungsdruck**

Den Erschließungsdruck auf das Gebiet gibt es bereits seit mehr als 40 Jahre alt; bereits damals setzte sich die Bevölkerung wirksam gegen den Bau von Skiliften auf die Cunfinböden ein. Aber angesichts des boomenden Tourismus und nicht zuletzt der rekordverdächtigen auslaufenden Wintersaison ist der Druck auf dieses gering erschlossene Gebiet bleibend hoch. Eine geplante Verbindung der Skizone Seiser Alm und Monte Pana mit einer Eisenbahn oder einer Seilbahn, der Ausbau und die Potenzierung der Seilbahn

auf die Langkofelscharte und verschiedene Studien zur Erschließung der Langkofelgruppe mit Seilbahnen liegen in unterschiedlichen Entwicklungsstufen in den Schubladen zur Umsetzung bereit. Dabei sollte neben dem Klimaplan 2040 gerade der heurige schneearme Winter und die Erfahrungen mit Wasserknappheit aus dem vergangenen Jahren Argument genug sein, vom Ausbau von Skigebieten abzusehen.

#### **Forderung: Unterschutzstellung noch in dieser Legislaturperiode einleiten**

Um den Verbauungsplänen mit einem klaren Nein zu begegnen, fordern die Umweltverbände seit über 40 Jahren den Schutz des Langkofelgebietes, den sie beim heutigen Austausch mit der zuständigen Landesrätin Maria Hochgruber Kuenzer noch einmal unterstrichen haben. Ein anwesender Hotelier hat es auf den Punkt gebracht: „Wir wollen, dass das Gebiet so bleibt, wie Gott es uns geschenkt hat.“ Eine Unterschutzstellung sollte bereits eine logische Konsequenz des Klimaplans sein, der betont, wie wichtig der Schutz naturbelassener Gebiete für die Erreichung der Klimaziele ist. So hat auch die Landesrätin im Rahmen des Treffens beteuert, dass „der Landesregierung die Unterschutzstellung ein Anliegen ist.“ Forderte aber gleichzeitig, „dass dafür vor Ort Mehrheiten geschaffen werden müssen.“ Diese hatte es eigentlich schon geben: Die Gemeindeverwaltungen von St. Ulrich, St. Christina und Wolkenstein haben zwischen 2010 und 2013 die Unterschutzstellung der Langkofelgruppe mit den Cunfinböden befürwortet und im Rahmen von einer Unterschriftaktionen wurden 3000 Unterschriften für den Schutz der Langkofelgruppe gesammelt. Eine Eingliederung der Langkofelgruppe mit den Cunfinböden in einen Naturpark ist damit längst überfällig.

Daher wollen sich die beteiligten Gruppen nicht mit einem mündlichen Bekenntnis zur Unversehrtheit des Gebietes, wie es in Vergangenheit mehrmals beteuert wurde, begnügen, sondern fordern die Landesregierung auf, noch in dieser Legislaturperiode die Unterschutzstellung konkret in die Wege zu leiten. Mit der Aufnahme des Langkofelgebietes in ein Schutzgebiet wäre auch ein wichtiger Schritt Richtung Erfüllung des Strategiepapiers zur Nachhaltigkeit der Landesregierung getan, das gemäß des 30X30-Ziels des UN-Biodiversitätsrates, einen Schutz von mindestens 30 Prozent der Landesoberfläche vorsieht. In Südtirol fehlen dazu immerhin noch 9 Prozent.